



## **Änderungsantrag**

der Abgeordneten **Harald Güller, Isabell Zacharias, Doris Rauscher, Günther Knoblauch, Susann Biedefeld, Florian von Brunn, Ilona Deckwerth, Dr. Herbert Kränzlein, Hans-Ulrich Pfaffmann, Florian Ritter, Kathrin Sonnenholzner, Reinhold Strobl, Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Herbert Woerlein SPD**

**Nachtragshaushaltsplan 2018;  
hier: Förderung der Politik für Lesben, Schwule, Bisexuelle,  
Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle (LSBTI\*)  
(Kap. 10 07 neue TG)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Kap. 10 07 (Allgemeine Bewilligungen – Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe) wird eine neue TG zur „Förderung der Politik für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle (LSBTI\*)“ geschaffen und für das Jahr 2018 mit 700,0 Tsd. Euro dotiert.

### **Begründung:**

Die Mittel werden zur finanziellen Förderung der psychosozialen Beratung von lesbischen Frauen und schwulen Männern durch lesbische Frauen und schwule Männer verwendet. Psychosoziale Beratung von schwulen Männern und lesbischen Frauen durch schwule Männer und lesbische Frauen wird in Bayern getragen von ehrenamtlichem Engagement in Vereinen wie LeTRa Beratungsstelle des Vereins Lesben-telefon e. V., dem Schwulen Kommunikations- und Kulturzentrum München e. V., dem SchwuLesbischen Zentrum Fliederlich e. V., dem Schwulesbischen Zentrum Würzburg oder der Regensburger Schwulen- und Lesbeninitiative Resi e. V.

Die psychosozialen Beratungsstellen geben Unterstützung bei Fragen der psychosexuellen Identität und beim Coming-out, sie helfen bei Problemen in der Partnerschaft und der Partnerfindung, bearbeiten Erfahrungen mit Diskriminierung und Gewalt und unterstützen bei psychischen und gesundheitlichen Problemen. Anders als die AIDS-Beratungsstellen werden die psychosozialen Beratungsstellen für lesbische Frauen und schwule Männer vom Freistaat bislang finanziell nicht unterstützt. Sie sind angewiesen auf ehrenamtliche Mitarbeit und müssen professionelle Unterstützung und Weiterbildung durch private Spenden und Beiträge der Städte finanzieren. Die zusätzlichen staatlichen Haushaltsmittel sollen helfen, die ehrenamtlichen Strukturen der psychosozialen Beratung zu stabilisieren und auszubauen.